



NIEDERSCHRIFT

Sitzung:	Haupt- und Finanzausschuss III/7
Sitzungstag:	Dienstag, den 28.06.2011
Sitzungsort:	Ratssaal des Alten Seminars, Lüdenscheider Straße 48
Beginn:	17:00 Uhr
Ende:	19:15 Uhr

TAGESORDNUNG

- 1. Öffentliche Sitzung**
- 1.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**
 - 1.1.1. Anerkennung der Tagesordnung
 - 1.1.2. Einwohnerfragestunde
- 1.2. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse**
Vorlage: M/2011/825
- 1.3. Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW - entfällt -**
- 1.4. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse - entfällt -**
- 1.5. Empfehlungen an den Rat - entfällt -**
- 1.6. Beschlüsse - entfällt -**
- 1.7. Anfragen**
 - 1.7.1. Nachfolgebericht zum im Mai 2010 vorgelegten Energiebericht 2009; Schmitz, Andreas / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vom 10.06.2011
Vorlage: F/2011/105
- 1.8. Anträge**
 - 1.8.1. Weiterleitung des erhöhten Landeszuschusses an die Träger der OGS; Mederlet, Frank / SPD-Fraktion, vom 05.06.2011
Vorlage: A/2011/093
- 1.9. Mitteilungen**
 - 1.9.1. Haushaltssituation der Stadt Wipperfürth
Vorlage: M/2011/837
 - 1.9.2. Deckenprogramm 2011
Vorlage: M/2011/839

- 1.9.3. Alte Drahtzieherei
Vorlage: M/2011/838
- 1.9.4. Wirtschaftsförderung
Vorlage: M/2011/840
- 1.9.5. Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung;
mündlicher Bericht des Bürgermeisters
- 1.9.6. Personalangelegenheiten;
mündlicher Bericht des Bürgermeisters
- 1.9.7. Anpassung der Abwasserbeseitigungsgebühren
Vorlage: M/2011/841
- 1.10. Verschiedenes**
- 1.10.1. Ausbau der Breitbandversorgung

2. Nichtöffentliche Sitzung

2.1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

2.2. Anerkennung der Tagesordnung

2.3. Dringliche Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW

2.4. Beschlüsse

2.4.1. Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW:
Alleenradweg auf stillgelegter Bahntrasse; Rad-/Gehweg Teil III, Streckenabschnitt
auf dem Stadtgebiet Hückeswagen
Vorlage: V/2011/699

2.4.2. Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW:
Kanal- und Straßensanierung "Herbstmühle"; Auftragsvergabe
Vorlage: V/2011/706

2.4.3. Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW:
Kanal- und Straßensanierung "Hindenburgstraße"; Auftragsvergabe
Vorlage: V/2011/707

2.4.4. Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW:
Alleenradweg auf stillgelegter Bahntrasse; Rad-/Gehweg Teil II, Neubau eines Brückenbauwerkes "Klosterstraße", Marienheide
Vorlage: V/2011/714

2.4.5. Genehmigung einer Dringlichen Entscheidung gemäß § 60 Abs. 2 GO NRW:
Auftragsvergabe "Neubau Gehwege mit Straßen- und Kanalbau an der Gemeinde-
straße Dohrgaul nach Dellweg"
Vorlage: V/2011/715

2.4.6. Verwendung der Spende der Kreissparkasse Köln
Vorlage: V/2011/726

2.5. Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse - entfällt -

2.6. Empfehlungen an den Rat - entfällt -

2.7. Anfragen - keine -

2.8. Anträge - keine -

2.9. Mitteilungen

2.9.1. Situation Alte Drahtzieherei
Vorlage: M/2011/762

2.10. Verschiedenes - entfällt -

Anlage:

Nachtrag zur Niederschrift über die Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 01.02.2011

1 Öffentliche Sitzung

1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Bürgermeister **von Rekowski** stellt fest, dass zur heutigen Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde und dass der Haupt- und Finanzausschuss beschlussfähig ist.

1.1.1 Anerkennung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wird in der Fassung der Einladung einvernehmlich anerkannt, wobei auf Anregung des Rats Herrn **Scherkenbach** unter „Verschiedenes“ ein kurzer Sachstandsbericht der Verwaltung zum Thema „Ausbau der Breitbandversorgung“ unter TOP 1.10.1 aufgenommen wird.

1.1.2 Einwohnerfragestunde

Aus der Zuhörerschaft werden keine Fragen gestellt. Auch schriftliche Fragen waren vor der Sitzung nicht eingereicht worden.

1.2 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse

Vorlage: M/2011/825

Der als schriftliche Mitteilung vorliegende Bericht über die Durchführung der Beschlüsse wird zur Kenntnis genommen.

Rats Herr **Mederlet** erklärt, er gehe davon aus, dass in der nächsten Haupt- und Finanzausschuss-Sitzung am 27.09.2011 erste Ergebnisse zur Erstellung des Personalentwicklungskonzeptes vorgestellt werden und das Thema PEK fortan auf den jeweiligen Tagesordnungen des HFA stehen werde. Bürgermeister von **Rekowski** erklärt, dies sei so vorgesehen.

1.3 Genehmigung von Dringlichen Entscheidungen gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW - entfällt -

1.4 Beschlüsse aufgrund von Empfehlungen anderer Ausschüsse - entfällt -

1.5 Empfehlungen an den Rat - entfällt -

1.6 Beschlüsse - entfällt -

1.7 Anfragen

1.7.1 Nachfolgebericht zum im Mai 2010 vorgelegten Energiebericht 2009; Anfrage des Rats Herrn Andreas Schmitz / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, vom 10.06.2011

Vorlage: F/2011/105

Die Anfrage und die schriftliche Antwort der Verwaltung waren Bestandteile der Einladung.

Stadtkämmerer **Trompetter** beantwortet Zusatzfragen des Rats Herrn **Schmitz** und erläutert auch hier nochmals die Gründe dafür, dass der Bericht erst zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden kann, stellt hier auch dar, dass es sich dabei primär um die Aufarbeitung der Gebäudeverbrauchsdaten handelt und das Regionale Gebäudemanagement bemüht ist, den Bericht kurzfristig nachzuholen.

1.8 Anträge

1.8.1 Weiterleitung des erhöhten Landeszuschusses an die Träger der OGS; Antrag des Rats Herrn Frank Mederlet / SPD-Fraktion, vom 05.06.2011

Vorlage: A/2011/093

Beschluss:

Die Stadt Wipperfürth ist auch weiterhin bestrebt, mit mindestens 12.000 EUR pro Gruppe und Jahr die jeweiligen OGS-Angebote in der Stadt Wipperfürth zu unterstützen.

Zum Erhalt und zur Stärkung der bisherigen Qualität der pädagogischen Standards in den OGS-Gruppen in der Nikolaus-, Antonius- und Wipperschule sowie der Alice-Salomon-Schule wird die Stadt Wipperfürth den erhöhten Landeszuschuss zu 50 Prozent ab 1. Februar 2011 je Platz an die Träger der OGS-Angebote weiter reichen.

Die Verwaltung wird ermächtigt, die Umsetzung nach Eingang des erhöhten Landeszuschusses vorzunehmen und die Träger entsprechend zu informieren.

Die einzelnen OGS-Anbieter werden gebeten, dem Fachausschuss ASS kurz über die Mittelverwendung des erhöhten Zuschusses Ende 2011/Anfang 2012 zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei einer Stimmenthaltung

Die schriftliche Stellungnahme der Verwaltung schloss mit dem Beschlussentwurf ab, den Antrag – mit Ausnahme des ersten, eigentlich selbstverständlichen Absatzes - abzulehnen.

Ratsherr **Mederlet** begründet den Antrag in einem längeren Beitrag auch mündlich. Insbesondere habe er den Sinn, die bereits jetzt ausgezeichneten und allseits anerkannten Leistungen der OGS-Träger ausbauen und stärken zu können. Dies sei durchaus noch möglich und sinnvoll sowie ein wichtiger Beitrag einer Kommune, die sich Familienfreundlichkeit zum Ziel gesetzt habe.

Ratsherr **Scherkenbach** unterstützt den Antrag und erklärt, alle redeten von der Notwendigkeit, in Bildung zu investieren. Dies dürfe nicht nur in Abhängigkeit von der Haushaltslage geschehen.

StVD **Wollnik** trägt einen Kompromissvorschlag dergestalt vor, dass der 50%-Anteil an der Zuschusserhöhung erst ab 1. August an die jeweiligen Träger weiter gereicht wird und zwar zunächst für die Zeit bis zum 31.07.2012, weil er tatsächlich erst im neuen Schuljahr Verwendung finden kann. Für die Zeit danach könnte der Rat im Rahmen der Haushaltsberatungen eine Entscheidung treffen.

Ratsherr **Mederlet** erklärt, seine Fraktion halte den Antrag, und zwar bei Auflösung des in Absatz 2 enthaltenen Klammerzusatzes „mindestens 50 Prozent hiervon“ so aufrecht, wie er vorliege.

Ratsherr **Schmitz** ist der Auffassung, dass die Entscheidung innerhalb der Haushaltberatungen getroffen werden sollte.

Bürgermeister **von Rekowski** lässt über den Antrag der SPD-Fraktion als dem weitest gehenden Beschlussentwurf abstimmen.

1.9 **Mitteilungen**

1.9.1 **Haushaltssituation der Stadt Wipperfürth**

Vorlage: M/2011/837

Die Beschlussvorlage war samt Ergebnisrechnung 2007 Bestandteil der Einladung.

Stadtkämmerer **Trompetter** erklärt auf Nachfrage des Ratsherrn **Schnepper** die Voraussetzungen, kommunalaufsichtliche Freigabeerklärungen für Haushaltsmittel so zeitig zu erhalten, dass einzelne Projekte nicht gefährdet werden. Zu Verzögerungen werde es nicht kommen. Das Gesamtergebnis für das laufende Haushaltsjahr werde sich gegenüber der Darstellung in der Vorlage noch um rund 418.000 Euro verbessern, wenn der Rat der von der Verwaltung vorgeschlagenen Änderung der Kalkulationsgrundlagen im Abwasserbereich anschließe.

1.9.2 Deckenprogramm 2011

Vorlage: M/2011/839

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die der Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis nimmt, war Bestandteil der Einladung.

Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, ihm gefalle nicht, dass Beschlüsse des Rates nicht zügig umgesetzt werden. Der Rat habe am 29.03.2011 im Rahmen der Haushaltsverabschiedung einen Beschluss zur Abarbeitung des Deckenprogramms einstimmig gefasst unter Hinweis auf die Bauausschusssitzung am 09.06.2011, in der mitgeteilt werden sollte, was der Bauhof bis dahin selbst geschafft hat und was fremd vergeben werden muss. In einer Mitteilung zu dieser Bauausschusssitzung sei dann der Hinweis gekommen, dass noch nicht eingeschätzt werden könne, welche Straßen der Baubetriebshof in diesem Jahre abarbeiten könne und dass er bisher noch nicht einmal mit dem Deckenprogramm begonnen habe.

Hierüber wie in der Vorlage ausgeführt in der nächsten Bauausschusssitzung zu berichten, sei aus seiner Sicht viel zu spät. Hier wie in anderen Fällen, etwa im Schulbereich der Beschluss zu den interaktiven Tafeln, würden die Beschlüsse des Rates nicht umgesetzt. Dies sei nicht nachvollziehbar. Dazu werde die CDU-Fraktion einen Antrag zur Ratssitzung am 12.07.2011 einbringen, der dort erklärt werde.

Nach Auffassung des Ratsherrn **Koppelberg** muss sicher gestellt werden, dass die organisatorischen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für den Baubetriebshof vorliegen, um ein bestimmtes Pensum des Deckenprogramms abarbeiten zu können. Zunächst müsse das übliche, breite Aufgabenspektrum erledigt werden. Man könne durchaus auch schon vorher bestimmen, welche Bestandteile des Deckenprogramms direkt extern vergeben werden. Die Verwaltung sollte das ganze Korsett überprüfen und gegebenenfalls ändern.

Ratsherr **Scherkenbach** erklärt, diesen Sinn hätte der Ratsbeschluss vom 29.03.2011 ja gehabt.

Stadtkämmerer **Trompetter** erklärt, eine entscheidende Schwierigkeit sei, dass die im Winter durch Winterdienstseinsätze entstehenden Überstunden abgebaut werden müssten. Dies werde auch mit den Bauhofmitarbeitern besprochen; die Situation könne sicher auch noch optimiert werden. Für Ratsherrn **Brachmann** ist überlegenswert, die Prioritäten innerhalb der Bauhofaufgaben kritisch zu überprüfen. Auf Nachfrage teilt StOVR **Hachenberg** mit, alternativ sei auch eine Auszahlung der Entgelte für die Überstunden möglich, wobei natürlich immer auch die dann entstehenden höheren Personalkosten mit ins Kalkül gezogen werden müssten. Bürgermeister **von Rekowski** ergänzt, dies setze auch das Einverständnis der Mitarbeiter voraus, mit denen bisher Einvernehmen bestehe, dass die Überstunden durch Freizeitausgleich abgegolten werden.

1.9.3 **Alte Drahtzieherei** Vorlage: M/2011/838

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die der Ausschuss zur Kenntnis nimmt, war Bestandteil der Einladung und wird durch Stadtkämmerer **Trompetter** noch mündlich ergänzt.

Ratsherr **Mederlet** weist darauf hin, dass die durch den Ratsbeschluss vom 29.03.2011 festgelegten Ziele im Zuge der HFA-Sitzung im September noch umgesetzt werden. In diesem Zusammenhang äußert er Zweifel an den Aussagen innerhalb des Gutachtens von Grams und Partner. Das kürzlich in der BLZ veröffentlichte Interview des GmbH-Geschäftsführers Klinker sei dahin gehend eine Frechheit gewesen, als von ihm sinngemäß die Aussage gemacht worden sei, Rat und Verwaltung hätten ihre Hausaufgaben nicht gemacht.

Er betont, dass es eindeutiges Ziel sicherlich auch aller anderen Ratsfraktionen sei, die Alte Drahtzieherei als Kultur- und Veranstaltungszentrum zu erhalten und auf Dauer zu sichern.

1.9.4 **Wirtschaftsförderung** Vorlage: M/2011/840

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die der Ausschuss zur Kenntnis nimmt, war Bestandteil der Einladung.

Ratsherr **Schnepper** erklärt, er bedauere, dass es ihm offensichtlich nicht gelungen ist, die Wichtigkeit der Aufgabe Wirtschaftsförderung heraus zu stellen. Hier neue Stellenanteile bereit zu stellen, wäre eine Investition in die Zukunft gewesen. Die Absicht sei dabei auch gewesen, durch eine Steigerung der Gewerbesteuer-einnahmen mehr Geld in die Stadtkasse zu bekommen. Die Bemühungen der WEG reichten dafür nicht aus. Die FDP-Fraktion werde weiter an diesem Thema dran bleiben.

Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, Stadt und WEG hätten unter den gegebenen Voraussetzungen das Optimale heraus geholt. Es werde im Bereich Wirtschaftsförderung bereits eine ganze Menge getan, was auch für den Tourismusbereich gelte; sicherlich vieles davon auch eher im Stillen. Auch die Wipperfürther Unternehmen bemerkten diese Unterstützung sehr wohl. Die Arbeit der von der WEG eingestellten Fachkraft werde zur Verbesserung der Wirtschaftsförderungssituation ebenfalls beitragen.

Aus der Sicht des Ratsherrn **Mederlet** ist durch die Einrichtung der halben Stelle bei der WEG, durch die auch konkrete Projekte in Angriff genommen werden können, schon einiges heraus geholt worden unter dem Aspekt, dass Wirtschaftsförderung – auch aus der Sicht der Kommunalaufsicht – eine freiwillige Aufgabe ist. Davon abgesehen müsse man sich einmal darüber unterhalten, was überhaupt unter Wirtschaftsförderung zu verstehen sei. Es sei ein breit gefächertes Thema und allemal viel mehr darunter zu verstehen, als man dies etwa noch vor 15 Jahren getan habe. Schlagworte seien etwa die regionale und die lokale Wertschöpfung, die Gewerbelotsenfunktion, auch die Zertifizierung als mittelstandsfreundliche Kommunalverwaltung und vieles andere mehr.

Für Ratsherrn **Schnepper** geht es in erster Linie darum, Firmen anzusiedeln, die dann auch den Zuzug von Familien nach sich ziehen würden.

Stadtkämmerer **Trompetter** erklärt, in der Vorlage seien die derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen aus der Sicht der Stadt dargestellt. Sie könnten sich etwa in dem Punkt, ob das Land die Wirtschaftsförderung wie derzeit als freiwillige Aufgabe betrachte, durchaus zukünftig einmal ändern.

1.9.5 **Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung; mündlicher Bericht des Bürgermeisters**

Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, er wolle nach der vereinzelt Kritik an der vermeintlich zu personalaufwendigen Herausgabe der „Wipper-News“ die Gelegenheit nutzen, dem Ausschuss einen Überblick über die verschiedenen Elemente der Öffentlichkeitsarbeit des Bürgermeisters und der Verwaltung geben.

Er führt neben dieser BLZ-Beilage beispielhaft an

- die Bemühungen um die Verbesserung des unmittelbaren Dialogs mit der Bürgerschaft etwa bei Veranstaltungen, Stichwort „Stadt im Gespräch“,
- aktuelle Informationen auf der städtischen Internetseite,
- Pressemitteilungen, Pressegespräche, Interviews,
- Weitergabe der Beratungsergebnisse der politischen Gremien an den Rundfunk,
- Initiierung von Berichten in Rundfunk- und Fernsehsendungen,
- Herausgabe von Broschüren und Informationsschriften wie Neubürgerbroschüre und Seniorenratgeber,
- Beilagen und Zusatzinformationen etwa zu Abgabenbescheiden,
- Präsenz durch Informationsstände bei Messen, Festen, Märkte, Eröffnungen und Empfängen (RP),
- Maßnahmen im Bereich Corporate Identity, z.B. das Bekanntmachen des städtischen Logos.

Auf die „Wipper-News“ gebe es aus der Öffentlichkeit insgesamt ein sehr positives Feedback. Es handele sich um eine Ergänzung der tagesaktuellen Berichterstattung durch die örtliche Tageszeitung, in der die Verwaltung die Möglichkeit habe, zu einzelnen Themen einmal etwas ausführlicher Stellung zu nehmen und die oft komplexen Zusammenhänge aus ihrer Sicht darzustellen. Nach einer sechsmonatigen Probephase sei mit dem Verlag eine Fortführung der bisherigen Zusammenarbeit vereinbart worden.

Gebe es aus dem Rat heraus Themenvorschläge, so seien sie sehr willkommen.

Er erläutert auch die Arbeit der verwaltungsintern gebildeten Redaktion, den notwendigen, aber überschaubaren personellen Aufwand und das Verfahren vom Zusammentragen der zu bearbeitenden Themen bis zum Erscheinen der Beilage, das sich aufgrund der Erfahrungen bereits spürbar einfacher gestalten lässt als zu Be-

ginn. Dabei würden durch die internen Informationsprozesse auch Synergieeffekte erzielt, etwa durch die Bereitstellung von Informationen für die Internetpräsenz und andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit. Wichtig sei auch, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die schon vor Erscheinen der „Wipper-News“ Kenntnis vom Inhalt der jeweils nächsten Ausgabe erhalten, als Multiplikatoren wirken würden.

Auf Nachfrage des Ratsherrn **Bongen** geht er auch kurz auf die Bereitstellung und Nutzung der beiden Elektroautos und des E-Bikes der BEW ein.

1.9.6 Personalangelegenheiten; mündlicher Bericht des Bürgermeisters

Bürgermeister **von Rekowski** teilt mit, dass als neue Gleichstellungsbeauftragte und damit als Nachfolgerin von Frau Ute Dalmus die Diplompädagogin Frau Marlies Lützow gewonnen werden konnte, die am 1. August ihren Dienst aufnehmen werde und die bereits aus ihrer gelegentlichen Zusammenarbeit mit dem Jugendamt die örtlichen Strukturen gut kenne. Bei dieser Gelegenheit sei Frau Dalmus für ihre bisherige Tätigkeit in der Funktion als Gleichstellungsbeauftragte ebenso zu danken wie Frau Gabriele Eck für die kommissarische Wahrnehmung dieser Aufgabe seit April dieses Jahres. Frau Lützow könne sich sicher in einer der nächsten Ratssitzungen auch einmal persönlich vorstellen.

Ebenso am 1. August werde der neue technische Prüfer der örtlichen Rechnungsprüfung, der Architekt und Diplomingenieur Herr Andre Poth, seinen Dienst aufnehmen. Wie im Falle von Frau Lützow sei auch hier nur eine kurze Einarbeitungsphase erforderlich, weil ihm alle Verfahrensabläufe (Leistungsphasen, Vergabeverfahren) aufgrund seiner bisherigen Tätigkeiten bekannt seien. Formal sei der technische Prüfer noch vom Stadtrat zu bestellen, weshalb wie vorher angekündigt der Leiter des Rechnungsprüfungsausschusses, Ratsherr Peter Brachmann, an der Vorstellungsrunde teilgenommen habe. Die Auswahl sei einvernehmlich erfolgt.

Anmerkung der Verwaltung:

Frau Lützow kann aus persönlichen Gründen, die sich erst nach der HFA-Sitzung ergeben hat, ihren Dienst erst zum 01.09.2011 aufnehmen.

1.9.7 **Anpassung der Abwasserbeseitigungsgebühren**

Vorlage: M/2011/841

Die schriftliche Mitteilung der Verwaltung, die der Haupt- und Finanzausschuss zur Kenntnis nimmt, war Bestandteil der I. Nachtrags zur Einladung.

Im Rahmen der kurzen Aussprache erklärt Ratsherr **Koppelberg**, die Mitteilung lese sich so, als sollte die Gebührenerhöhung mit dazu beitragen, den allgemeinen Haushalt zu finanzieren. Bisher sei er immer der Auffassung gewesen, dass die Abwasserbeseitigungsgebühren sachbezogen berechnet werden müssen.

Stadtkämmerer **Trompetter** teilt mit, die Umstellung der Abschreibung auf den Wiederbeschaffungszeitwert entspreche einer Empfehlung der Gemeindeprüfungsanstalt, löse aber auch einen Mehrertrag in Höhe von jährlich rund 415.000 Euro zu Gunsten des Haushalts aus. Dies sei aus rechtlicher Sicht ein legitimes Verfahren. Die Verwaltung halte die in Anlage 1 aufgeführte Variante 4 für vertretbar.

Stadtkämmerer **Trompetter** und VA **Osberghaus** beantworten weitere Fragen der Ausschussmitglieder.

1.10 Verschiedenes

1.10.1 Ausbau der Breitbandversorgung

StOVR **Hachenberg** gibt einen kurzen Sachstandsbericht zum DSL-Ausbau. Problematisch sei weiterhin die Versorgung des Bereichs Dohrgaul / Agathaberg. Hier warte die Stadt bereits seit Monaten auf die nur telefonisch angekündigte neue Angebotssumme. Der Bürgermeister habe sich zwischenzeitlich genötigt gefühlt, den Vorstandsvorsitzenden der Deutsche Telekom AG anzuschreiben. Das Problem bestehe darin, dass nach Gesprächen mit der Bezirksregierung alles andere als eine Verlängerung der seinerzeit von der Telekom zugestandenen Angebotsbindung zwangsläufig zum Erlöschen des gesamten Förderantrags führen würde und das gesamte Verfahren dann nach den zwingenden Vorgaben des förmlichen Ausschreibungs- und Vergabeverfahrens für die Inanspruchnahme der Landesmittel neu begonnen werden müsste, ohne dass sich an der Grundproblematik etwas ändern würde. Die Öffentlichkeit stärker über die Hinhaltenaktik der Deutsche Telekom zu informieren, sei verwaltungsintern diskutiert worden. In der Ratssitzung werde berichtet, ob es eine Reaktion der Telekom auf das Anschreiben gibt.

Sich für die Breitbandversorgung einzusetzen, betrachtet Ratsherr **Scherkenbach** auch als eine Facette der Wirtschaftsförderung und unterstreicht die Wichtigkeit auch mit dem Hinweis auf die Qualität des Wohnstandortes und bessere Bildungschancen durch die Internetpräsenz. Die Situation bezogen auf Agathaberg und Dohrgaul bezeichnet er als äußerst unbefriedigend, was keineswegs als Vorwurf an die Verwaltung zu verstehen sei. Seiner Anregung entsprechend soll das Schreiben an den Vorstandsvorsitzenden Obermann dem Stadtrat zur Verfügung gestellt werden. Er spricht sich dafür aus, sich mit den Forderungen an die Telekom auch in die Öffentlichkeit zu begeben, nachdem man bereits über ein Jahr lang vergeblich auf eine Reaktion der Telekom warte. Ratsherr **Klett** unterstützt diesen Vorschlag ausdrücklich. Bürgermeister **von Rekowski** erklärt, hartnäckig an der Sache dran zu bleiben.

Ratsherr **Koppelberg** verweist auf Informationsdefizite innerhalb der Telekom bei der Vermarktung der Breitbandversorgung. Laut StOVR **Hachenberg** hat sich die Verwaltung, wenn sie dadurch Bürgern helfen könne, auch schon in Einzelfälle eingeschaltet und vermittelnd gewirkt. Wenn die Deutsche Telekom auf das Schreiben des Bürgermeisters nicht reagiere, müsse neu überlegt werden, wie der Druck verstärkt werden kann.

2 Nichtöffentliche Sitzung

Michael von Rekowski
- Bürgermeister -

Reinhard Breuer
- Schriftführer -